



Medium Frankfurter Allgemeine Zeitung

Thema Onlinehandelsregister

Ausgabe 07.09.2022

---

RECHT UND STEUERN

## Der Staat muss das Datenleck wieder schließen

Das Onlinehandelsregister liest sich wie ein offenes Buch. Unternehmer sollten kein Freiwild sein.

Von Rainer Kirchdörfer

Das Handelsregister ist ein wertvolles Instrument der Transparenz. Es dient dem Gläubigerschutz, es ermöglicht Geschäftsbeziehungen, es schafft Vertrauen. Als es vor Jahren online verfügbar wurde, gab es die Bilanzen per Mausklick. Doch für den Einblick in sensible Gesellschafterdaten musste man sich registrieren. Das bot gewisse Hürden.

Seit dem 1. August sind nun sämtliche Daten aus dem Handelsregister frei verfügbar. Dass die schutzlose Offenlegung erhebliche Konflikte mit der Datenschutz-Grundverordnung auslöst, hätte den verantwortlichen Justizbehörden von Bund und Ländern eigentlich auffallen müssen. Aber Fehlanzeige. Zum Stichtag wurden hochsensible Daten wie private Wohnanschriften von Unternehmensinhabern oder dem Management, die guten Glaubens bereitgestellt worden waren, für jedermann verfügbar. Das gilt auch für Scans von Unterschriften wirtschaftlich Berechtigter. Diese Daten gehen weit über das hinaus, was die Registertransparenz den Unternehmen abverlangt. Das müsste auch die Datenschutzbehörden hellhörig machen.

Die blauäugige Umsetzung der EU-Digitalisierungsrichtlinie (DiRUG) betrifft viele Akteure. Denn über das gemeinsame Registerportal der Länder kostenlos abrufbar sind jetzt alle Inhalte aus dem Handels-, Genossenschafts-, Vereins- und Partnerschaftsregister. In besonderem Maße betroffen sind Familienunternehmen mit ihren spezifischen Inhaberstrukturen. Den Familienunternehmen reicht es schon lange und jetzt erst recht. Betriebe und Inhaber leiden unter rasant steigenden Transparenzanforderungen. Die anlasslose Veröffentlichung personenbezogener Daten bis hin zur Inkaufnahme von Sicherheitsrisiken für Unternehmer und ihre Familien gehören längst zum Alltag. Nicht enden wollen die Initiativen der EU-Kommission zur



Verschärfung der Regulierung in der Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung. Brüssel verschärft die Vorgaben seit Jahren ungehemmt: Ursprünglich angelegt als Auffangregister, ist das Transparenzregister längst zum Vollregister mutiert. Ein berechtigtes Interesse für den Zugriff auf das Register wird gar nicht mehr verlangt. Vermögens- und Einkommensverhältnisse einzelner Familienmitglieder sind so für die Allgemeinheit verfügbar. Es gibt keinen Schutz vor dem Zugriff internationaler Wettbewerber oder vor dem kriminellen Missbrauch der Daten. Das absurde Leitbild dahinter: Der Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung soll nicht mit polizeilichen Maßnahmen über die Behörden, sondern über die Öffentlichkeit ausgetragen werden – zulasten der informationellen Selbstbestimmung unzähliger Unternehmer und ihrer Familien. Das gilt auch für das Onlinehandelsregister.

Es braucht nun kurzfristige und unkonventionelle Lösungen, damit Betroffene nicht weiter schutzlos in der Öffentlichkeit stehen. Hier müssen – unter Einbeziehung der Bundesnotarkammer – kurzfristig konkrete Verwaltungsentscheidungen von Bund und Ländern getroffen werden. Ein Moratorium muss her. Den Zeitraum sollte der Gesetzgeber nutzen, damit die Unternehmen beispielsweise nachträglich Dokumente ersetzen können, die sie in der Vergangenheit zum Handelsregister eingereicht haben. Alternativ ist zu überlegen, dass die Unternehmen sensible Daten in den Dokumenten nachträglich schwärzen können. Doch das würde dauern. Kurzfristig müssen die mit dem DiRUG eingeführten Änderungen ganz oder teilweise rückgängig gemacht werden. Es gibt durchaus Möglichkeiten, die Risiken eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU zu minimieren. Man könnte auf eine teilweise Rückabwicklung setzen. Die Registerauszüge blieben öffentlich und kostenfrei zugänglich, während der Zugriff auf die hinterlegten Dokumente vorübergehend wieder eine vorherige Registrierung und die Zahlung einer Gebühr erfordern würde.

*Der Autor ist Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik*